



Jahresbericht 2022

Register zur Erfassung
extrem rechter und
diskriminierender Vorfälle in
Charlottenburg-Wilmersdorf

Inhalt

Die Berliner Register Wer wir sind und was wir machen

03

Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2022

04

Vorfallarten

08

Motive der Vorfälle

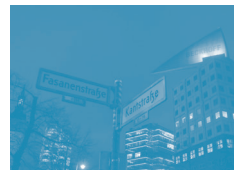
12

Ortsteile

16

Angriffschronik

20



Register Charlottenburg-
Wilmersdorf
Schlossstraße 19, 14059 Berlin
Web www.berliner-register.de
Telefon 0178 918 58 96
E-mail cw@berliner-register.de
Social @RegisterCW

Was ist das Register?

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf ist Teil der Berliner Register, einem Netzwerk von unabhängigen, zivilgesellschaftlichen Melderegistern. Wir wollen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorgehen und dokumentieren deshalb Vorfälle, die im Alltag in Berlin passieren. Wir nehmen nur Vorfälle auf, die rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich, extrem rechts, sozialchauvinistisch, behindertenfeindlich oder antifeministisch motiviert sind. Das Besondere an der Registerstelle ist, dass auch niedrigschwellige Vorfälle wie etwa Aufkleber oder Beleidigungen aufgenommen werden, die aus verschiedenen Gründen oftmals nicht bei der Polizei gemeldet werden. Jede Person kann einen solchen Vorfall melden, egal ob als Betroffene*r oder Augenzeug*in. Wir können auch dabei helfen, die richtige Unterstützung zu finden. Die Perspektiven der Betroffenen stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Was ist das Ziel der Register?

Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Probleme erkennen und beschreiben, wo sie stattfinden und wem sie passieren. Mit der Veröffentlichung eines Vorfalls wird für alle sichtbar, welche Formen von Ausgrenzung Menschen im Alltag erleben. Das Ziel des Registers ist es, die Lebensrealitäten in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar zu machen und extrem rechte Aktivitäten im Bezirk zu erfassen. Deshalb sammeln wir die Vorfälle und veröffentlichen sie in einer Chronik auf unserer Website: www.berliner-register.de.

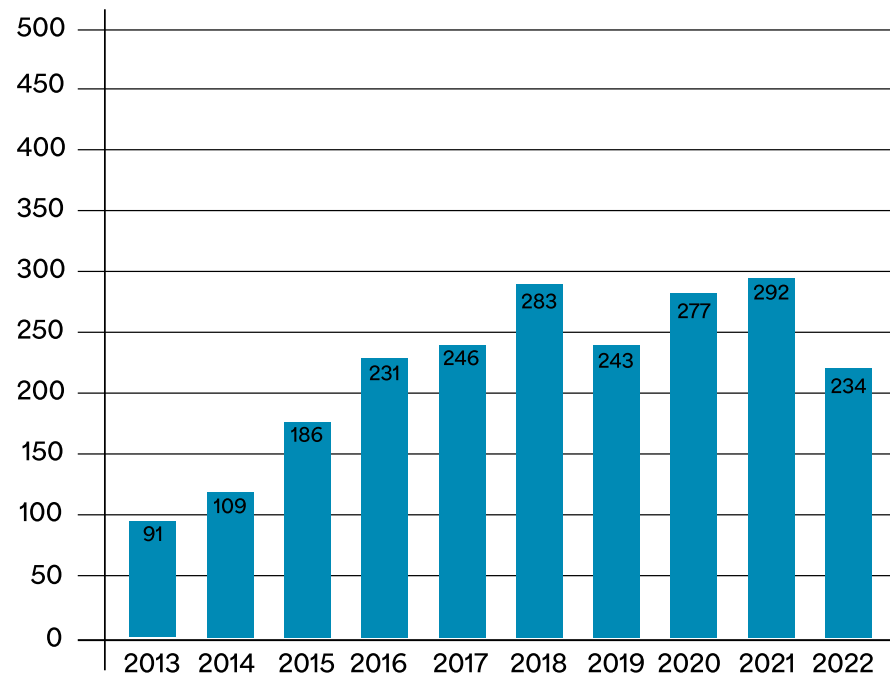
Wie melde ich einen Vorfall?

Du hast einen diskriminierenden Vorfall erlebt oder beobachtet, oder von einer extrem rechten Aktivität erfahren? Du kannst uns diesen Vorfall über verschiedene Wege melden: Persönlich vor Ort in der Registerstelle oder einer der vielen Anlaufstellen, online oder telefonisch. Wir sind auf deine offenen Ohren und Augen angewiesen!

Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2022

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf hat im Jahr 2022 insgesamt 234 Vorfälle dokumentiert. Die Abnahme von etwa 20% im Vergleich zum bisherigen „Top-Jahr“ 2021 stimmt mit der berlinweiten Tendenz überein. Konkret bedeutet die Gesamtzahl, dass sich in Charlottenburg-Wilmersdorf mindestens alle ein bis zwei Tage ein extrem rechter oder diskriminierender Vorfall ereignete. Dies bildet jedoch nicht in Gänze die tatsächlich stattfindende Diskriminierung ab, denn ein großer Teil wird nicht bekannt. Die Zahlen in dieser Broschüre bilden daher **Tendenzen** ab, und können als zivilgesellschaftliche Ergänzung zur Kriminalstatistik verstanden werden. Betroffene und Zeug*innen dazu zu ermutigen, die eigenen alltäglichen Erfahrungen zu teilen und damit das Dunkelfeld zu erhellen, ist eine zentrale Aufgabe der Berliner Register.

Gesamtzahl der Vorfälle 2013-2022



Mehr als jeder dritte Vorfall rassistisch motiviert, Anstieg Antisemitismus und Transfeindlichkeit

Rassismus blieb, trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr, weiter auf einem hohen Niveau (2022: 80; 2021: 122) und machte den größten Anteil sowohl der verbalen als auch körperlichen Attacken, sowie der strukturellen Benachteiligungen aus. Während die Vorfälle in den meisten inhaltlichen Kategorien abgenommen haben, sind die antisemitischen Vorfälle auf einem gleich hohen Niveau geblieben (2022: 48; 2021: 46). Berlinweit hat Antisemitismus abgenommen, Charlottenburg-Wilmersdorf stellt hier also eine Ausnahme dar. Denn als Bezirk mit einer sichtbaren jüdischen Community, bleiben antisemitische Anfeindungen auch unabhängig von aktuellen Themen wie Corona-Pandemie oder Eskalationen in Israel-Palästina, präsent. Im Zuge der Debatten um die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes anstelle des bisherigen „Transsexuellengesetzes“ (TSG) und mehr öffentlicher Sichtbarkeit von trans Personen, konnte bundes- und berlinweit ein transfeindlicher Backlash aus so gut wie allen politischen Spektren beobachtet werden. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf wurden mehr **LGBTIQ*-feindliche** Vorfälle dokumentiert (2022: 15; 2021: 9), die sich inhaltlich vermehrt gegen trans Menschen richteten: Dabei wurde unter anderem jede Abweichung von Zweigeschlechtlichkeit als unnatürlich oder „krank“ dargestellt, besonders trans Frauen ihr Geschlecht und damit die Existenz abgesprochen, und das Argument der „bedrohten Kinder“, welche zu irreversiblen medizinischen Veränderungen gedrängt würden, bedient.

LGBTIQ*: LGBTIQ ist eine englische Abkürzung und steht für Lesben, Gays (Schwule), bisexuelle, transgeschlechtliche, intersexuelle und queere Menschen. Das „*“ weist auf weitere Möglichkeiten hin. Wenn diese Menschengruppen aufgrund ihrer tatsächlichen oder zugeschriebenen Sexualität oder ihres Geschlechts Diskriminierung und Gewalt erfahren, erfassen die Register das als LGBTIQ*-Feindlichkeit. Dem zugrunde liegt eine Ideologie, in der Heterosexualität (die „Liebe zwischen Frau und Mann“) und Cis-Geschlechtlichkeit (das Geschlecht einer Person entspricht dem bei der Geburt zugeschriebenen Geschlecht) als „natürlich“ und „normal“ gelten, und jeden Abweichung davon mit Abwertung und Hass einhergeht.

Verschwörungserzählungen von Corona zum Ukraine-Krieg

Die Anzahl der extrem rechten Veranstaltungen bzw. Veranstaltungen mit diskriminierenden Inhalten ist weiter zurückgegangen (2022: 21; 2021: 30). Das Thema Corona-Pandemie hat an Relevanz für rechte Mobilisierungen im Bezirk verloren. Es gab zwar weiterhin regelmäßig stattfindende Versammlungen rund um die Wilmersdorfer Straße und das Schloss Charlottenburg, auf welchen auch zum Teil antisemitische Verschwörungserzählungen und extrem rechte Internetseiten verbreitet wurden. Grundsätzlich hatten diese aber weniger Teilnehmende und Präsenz als in den Vorjahren. Der Rückgang der Vorfälle, in denen der Nationalsozialismus verharmlost wurde, indem zum Beispiel die Situation von nicht geimpften Personen mit dem Holocaust gleichgesetzt wurde, ist hierauf zurückzuführen (2022: 29; 2021: 43). Außerdem fand mit Wegfall eines Großteils der Corona-Maßnahmen eine Themenverschiebung innerhalb des Milieus auf den Ukraine-Krieg statt, welche sich vor allem in pro-russischen Verschwörungserzählungen äußerte.

Auch über die Propaganda hinaus spielte der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine, wenn auch von der Anzahl geringe, Rolle im Bezirk. So führte das Zeigen der ukrainischen Fahne als Zeichen der Solidarität in zwei Fällen zu Angriffen. Gleichzeitig wurden Personen beim Verlassen eines russischen Supermarktes oder als sie russisch sprachen rassistisch beleidigt und für den Krieg verantwortlich gemacht. Außerdem wurden die Fenster einer russisch-orthodoxen Kirche eingeschmissen, welche allerdings zu diesem Zeitpunkt auch ukrainische Geflüchtete beherbergte.

Neue Rechte: Die „Neue Rechte“, welche eine Vielfalt an Akteur*innen und Aktionsformen umfasst, ist eigentlich weder zeitlich noch inhaltlich „neu“. Während es mit der Ideologie der traditionellen extremen Rechten kaum Brüche gab, ging es eher um eine Frage der unterschiedlichen Strategien und Formate. Im Zentrum steht die Erlangung gesellschaftlichen Einflusses und Herrschaft durch einen kulturellen Kampf. Die „Neue Rechte“ gibt sich daher intellektuell, um sich von „den Neonazis“ abzugrenzen, und eine bürgerliche Elite anzusprechen. Zudem knüpfen große Teile an das antidemokratische Projekt eines „revolutionären Konservatismus“ aus der Weimarer Republik an und versuchen es bereits seit den 1970er Jahren wieder salonfähig zu machen. Dem Spektrum gemeinsam ist ihr nationalistisches, völkisches, konservatives und antiliberales Weltbild.

Präsenz der „Neuen Rechten“ - 10 Jahre Bibliothek des Konservatismus sind kein Grund zum Feiern

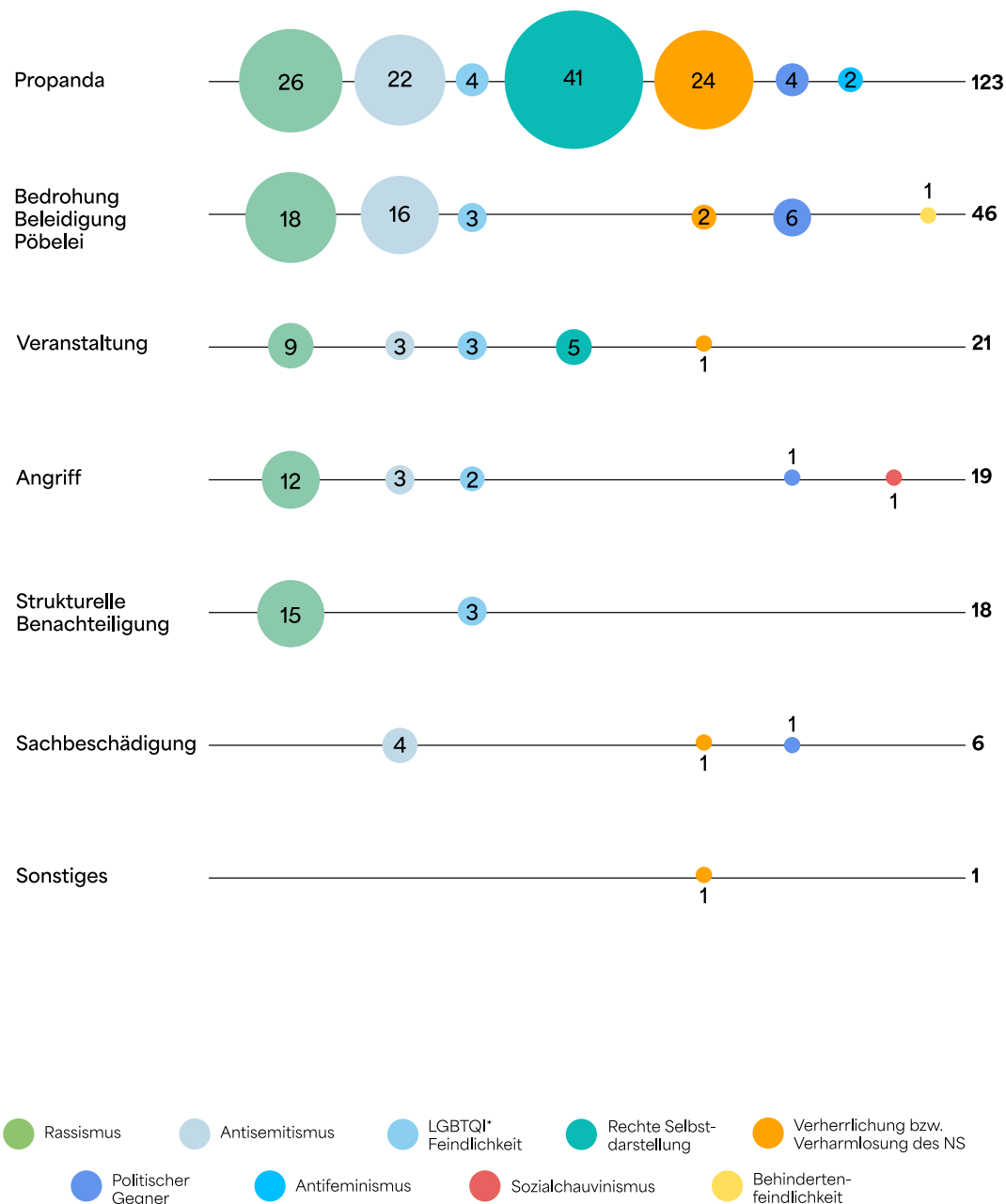
Im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken zeichnet sich Charlottenburg-Wilmersdorf nicht durch eine besonders aktive extrem rechte Szene aus. Bei dem Großteil der erfassten Vorfälle kann somit davon ausgegangen werden, dass es sich um sogenannte **Gelegenheitstaten** handelt – viele der Angriffe und Bedrohungen fanden an belebten Orten wie in öffentlichen Verkehrsmitteln und Haltestellen, sowie Einkaufsstraßen und Geschäften statt. Die NPD Charlottenburg-Wilmersdorf beschränkt ihre Aktivitäten weiterhin auf Facebook-Postings. Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ versuchte, durch ein paar Flyer-Aktionen und die Inszenierung einer Gedenkveranstaltung am Breitscheidplatz auch im Westen Berlins Unterstützer*innen zu finden.

Hingegen gilt der Bezirk weiterhin als ein Thinktank der sogenannten „**Neuen Rechten**“. Als prominentestes Beispiel dafür steht die „**Bibliothek des Konservatismus**“ (BdK), welche 2022 bereits ihr 10-Jähriges Bestehen in der Fasanenstraße feierte. Im April 2022 nahm sie nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause ihren öffentlichen Veranstaltungsbetrieb wieder auf. Trotz dessen hat die BdK nicht an Relevanz als zentraler Ort der Vernetzung und ideologischen Schulung mit bundesweiter Strahlkraft verloren, sondern die Pause genutzt: Seit April 2021 präsentiert sie sich auch als Ausleihbibliothek und hat 2022 zwei Podcast-Formate gestartet, um ihre „konservativen“ Inhalte weiter verbreiten zu können. Der Begriff des Konservatismus dient der Verschleierung der Nähe und Verwischung der Grenze zu extrem rechten Ideologien. Die neurechte Zeitung „Junge Freiheit“, deren Redaktionsräume sich am Hohenzollerndamm befinden, veranstaltete in einer Wilmersdorfer Eventlocation ein Sommerfest mit 1000 Gästen, welches als Vernetzung der bundesweiten und internationalen „Neuen Rechten“ diente.

Auf den folgenden Seiten findet sich eine genauere Betrachtung sowohl der verschiedenen Vorfälle als auch der Motive der Vorfälle, die das Register 2022 erfasst hat. Außerdem stellen wir ausgewählte Beispielvorfälle vor und betrachten die räumliche Verteilung der Vorfälle in den verschiedenen Ortsteilen des Bezirks. Dankeschön an alle, die uns als Melder*innen oder Anlaufstelle unterstützen und damit diese Auswertung möglich machen.

Vorfällearten

Vorfällearten nach Motiven 2022



Propaganda war mit 123 dokumentierten Vorfällen die häufigste Vorfälleart. Trotz leichtem Rückgang machte Propaganda immer noch mehr als die Hälfte der Gesamtvorfälle aus. Die (extrem) rechte Selbstdarstellung ist etwas angestiegen (2022: 41; 2021: 34), während die Propaganda mit einem rassistischen Motiv gesunken ist (2022: 26; 2021: 47). Bei zehn davon handelte es sich wie im Vorjahr um rassistische Internetpostings der NPD. Dies zeigt, dass die Meldungen von Propaganda wie Aufklebern oder Schmierereien im öffentlichen Raum mit rassistischem Motiv stark eingebrochen sind. So wurden zum Beispiel die Aufkleber-Serien mit teilweise über 30 selbsthergestellten rassistischen und extrem rechten Aufklebern am Kurfürstendamm seltener gemeldet als in den Vorjahren. Einen starken Rückgang verzeichnete auch die Propaganda gegen den politischen Gegner (2022: 4; 2021: 22). Die antisemitische Propaganda (22) und Propaganda, in welcher der Nationalsozialismus verherrlicht oder verharmlost wurde (24) ist auf einem gleichen Niveau geblieben. Einige dieser Vorfälle, die vor allem in der ersten Jahreshälfte erfasst wurden, standen weiterhin in einem Zusammenhang zur Corona-Pandemie wie zum Beispiel Aufkleber mit dem Spruch „Impfen macht frei“. Achtmal wurden Hakenkreuze entdeckt. Im Ortsteil Wilmersdorf (16) wurden nur noch halb so viele Propagandavorfälle erfasst wie im Vorjahr, in Charlottenburg sind sie hingegen gleich hoch geblieben (80).

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (46) verzeichneten einen leichten Rückgang, mit dem stärksten Abfall bei den rassistisch motivierten Vorfällen (-36%). Mit 18 Vorfällen machten diese trotzdem noch den Großteil der verbalen Anfeindungen aus, von denen vier Vorfälle direkt gegen Schwarze Menschen gerichtet waren. Sechsmal waren Kinder und Jugendliche von den rassistischen Beleidigungen betroffen. Leicht gestiegen sind die antisemitischen Bedrohungen und Pöbeleien (2022: 16; 2021: 14) sowie solche, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten (2022: 6; 2021: 3). Die Tendenz, die bereits im Jahresbericht 2021 beschrieben wurde, dass antifaschistisch und zivilgesellschaftlich engagierte Einzelpersonen gezielt eingeschüchtert und bedroht werden, hat sich fortgesetzt: Über Social Media erhielt eine Person Morddrohungen der türkischen extrem rechten „Grauen Wölfe“. Auf selbstgemachten Aufklebern wurde eine Person namentlich genannt, in direkter Umgebung klebten weitere Aufkleber derselben Gruppe, welche zu extremer Gewalt gegen politische Gegner aufriefen.

Mit **21 Veranstaltungen** wurde im Jahr 2022 die bisher geringste Zahl dokumentiert. Im Vergleich zu 2021 liegt dies vor allem am Rückgang der Demonstrationen und Autokorsos gegen die Corona-Maßnahmen. Dementsprechend sind die Veranstaltungen, auf denen der Nationalsozialismus verharmlost wurde von 13 auf eine gesunken. Erstmals seit 2016 wurden wieder LGBTIQ*-feindliche Veranstaltungen erfasst (3). Auf einem ähnlichen Niveau wie 2021 blieben die antisemitischen Veranstaltungen (2022: 3; 2021: 4) und solche, die der (extrem) rechten Selbstdarstellung dienen (2022: 5; 2021: 3).

Während die Gesamtzahl der **Angriffe (19)** um etwa 20% gesunken ist hat, ist die Verteilung der Motive im Vergleich zu den Vorjahren etwa gleichgeblieben. Weiterhin haben die meisten dokumentierten Angriffe einen rassistischen Hintergrund (12), gefolgt in großem Abstand von antisemitisch motivierten Angriffen (3). Abgenommen haben die LGBTIQ*-feindlichen Angriffe (2022: 2; 2021: 4), sowie Angriffe gegen den politischen Gegner der extremen Rechten (2022: 1; 2021: 3). Besonders häufig wurden Personen in Bussen und Bahnen geschubst und geschlagen, sowie auf der Straße und in Geschäften. Bei den Angriffen, die unmittelbar gegen Einzelpersonen gerichtet waren, waren die Täter waren fast ausschließlich männlich. Es gab vier Angriffe auf Gebäude – darunter ein Brandanschlag auf ein Parteibüro und Schüsse auf das Büro einer Initiative – bei denen die Täter nicht ermittelt werden konnten.

Strukturelle Benachteiligungen sind um etwa ein Drittel gesunken (2022: 18; 2021: 26). Dies liegt mitunter daran, dass das Register viel weniger Weiterleitungen von Vorfällen aus Beratungsstellen als im Vorjahr erhalten hat. Der Großteil der Diskriminierungen hatte ein rassistisches Motiv (15), davon insbesondere Antiziganismus (7). Neu dazugekommen sind drei LGBTIQ*-feindliche Benachteiligungen. Die Diskriminierungen fanden vor allem im Gesundheitssystem, in Behörden wie dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, sowie in Bildungs- und Arbeitskontexten und auf dem Wohnungsmarkt statt.

Die **Sachbeschädigungen** sind seit 2020 auf einem konstanten Niveau, und haben weiterhin hauptsächlich ein antisemitisches Motiv (4). Darüber hinaus wurde eine Sachbeschädigung mit NS-verherrlichendem Motiv sowie eine gegen den politischen Gegner dokumentiert: In den Räume einer studentischen Initiative wurde die Einrichtung zerstört und mit SS-Runen und einem Hakenkreuz beschmiert, und in der TU Bibliothek wurden zwei Bücher zum Thema Antifaschismus beschädigt.

Beispielvorfälle

4. Januar: In einem Café in Charlottenburg wurde eine Frau von einem anderen Gast aufgrund ihres Tourette-Syndroms behindertenfeindlich beleidigt.
Quelle: AnDi Antidiskriminierungs-App

18. Januar: Gegen 18 Uhr zeigte ein Mann am Bahnhof Zoologischen Garten den Hitlergruß und äußerte verschiedene verfassungsfreundliche Parolen, nachdem er von Sicherheitspersonal auf das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes hingewiesen worden war.
Quelle: Presseportal BPOLD 19.01.2022

24. Januar: Eine Gedenktafel für im Nationalsozialismus ermordete Jüdinnen und Juden, die am Spielplatzzaun in der Nikolsburgerstraße 7 angebracht ist, wurde mit dem Spruch „Fake News“ beschmiert. Dadurch wird der Holocaust geleugnet.
Quelle: Register CW

10. Februar: Auf dem Kurfürstendamm kam es zu einem rassistischen Angriff. Ein 48-jähriger Mann und seine Familie sind gegen 14 Uhr beim Spaziergehen von einem Mann zunächst rassistisch beleidigt und beschimpft worden. Dann wurde der 48-Jährige von dem Mann am Arm gepackt, geschlagen und geschubst. Bevor der Täter sich entfernte, bespuckte er den Vater.
Quelle: Polizeimeldung Nr. 0352

11. März: Im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten in Charlottenburg wurden zwei 19-Jährige Asylsuchende von einer Mitarbeiterin homofeindlich behandelt. Das Paar wurde trotz ihres speziellen Schutzstatus nicht in die spezielle Unterkunft für Schwule und Lesben verwiesen. Die Mitarbeiterin habe demnach gesagt, sie hätten keine besonderen Rechte, und hinzugefügt, wenn sie in der normalen Unterkunft „nicht überall rumvögeln“ würden, würden sie auch „keine Probleme kriegen“.
Quelle: Berliner Zeitung 28.02.22, dpa 28.03.22, Maneo

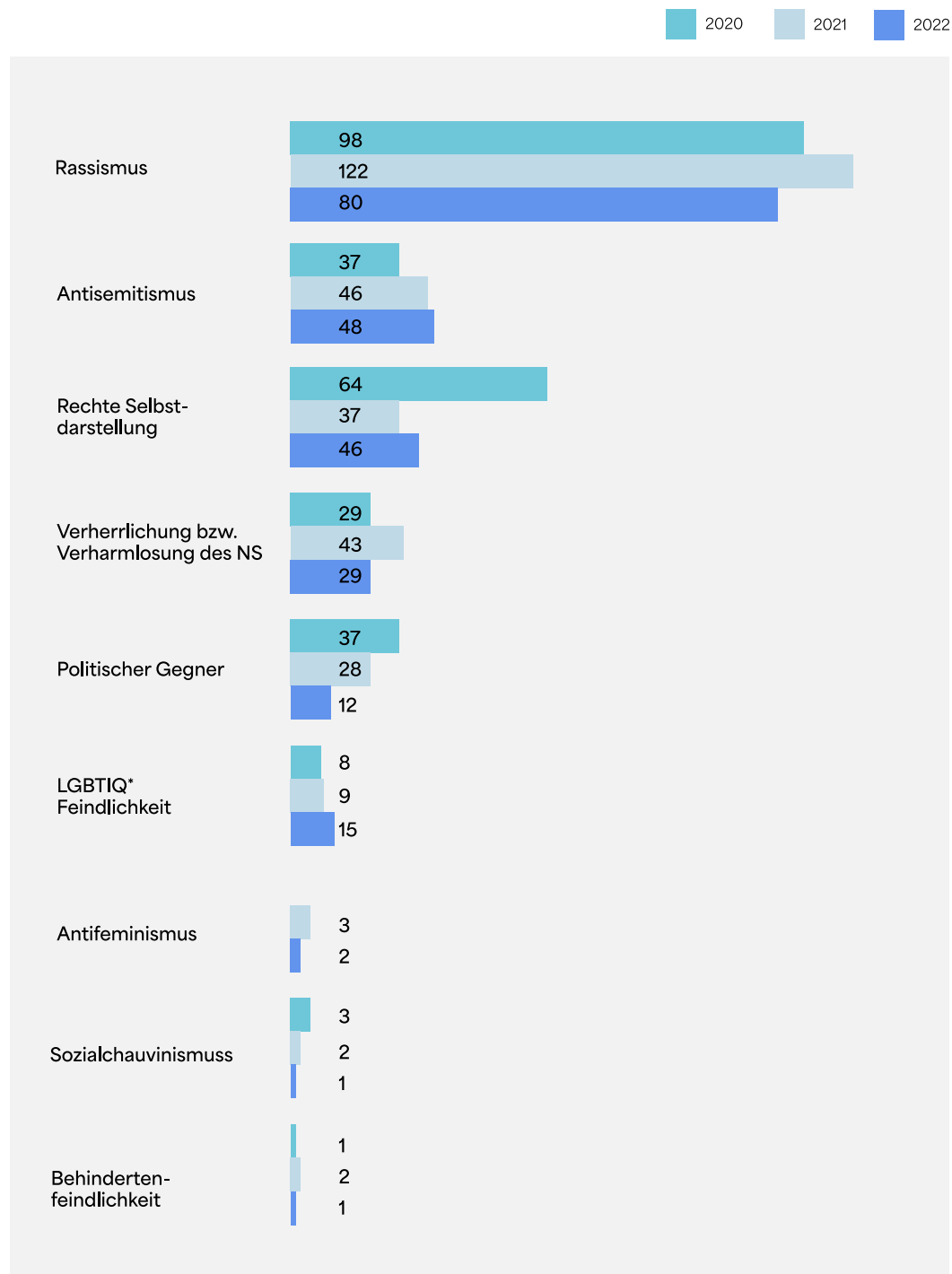
11. April: Bei einer verschwörungsideologischen Demonstration in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg zeigte eine Teilnehmerin ein selbstgeschriebenes Pappschild mit dem Slogan „Nein zum QR-Pass Totalüberwachung“, wobei das Doppel-S im Stil der verbotenen SS-Rune dargestellt wurde.
Quelle: Register CW via Telegram

15. April: Auf dem Schulhof an einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf haben Kinder der einen Schule, Kinder der benachbarten Schule als Juden beschimpft, weil sie auf einer Schule sind, dessen Namens-trägerin Jüdin war.
Quelle: Register CW

25. Mai: An einem Zaun am Spreeufer nahe der Helmholtzstraße in Charlottenburg wurde ein mit schwarzer Sprühfarbe angebrachtes Hakenkreuz, sowie der Schriftzug „AFD“, entdeckt.
Quelle: Register CW

Motive der Vorfälle

Motive im Vergleich 2020-2022



Vorfälle mit einem **rassistischen Hintergrund** werden weiterhin mit Abstand am häufigsten an das Register gemeldet: Sie machten 2022 etwa ein Drittel der Vorfälle aus (80). Im Vergleich zum Vorjahr sind sie aber um mehr als 30% gesunken (2021: 122). Die Angriffe sind gleich hoch geblieben (12), ebenso wie die rassistischen Veranstaltungen (9). Personen wurde aus rassistischer Motivation im Bus, im Supermarkt und auf der Straße beleidigt, bedroht und körperlich angegriffen. Verschiedene Gruppen verbreiteten rassistische Propaganda: Die neonazistische NPD teilte auf Facebook regelmäßig Posts, der extrem rechte „III. Weg“ verteilte Flyer in Charlottenburg-Nord, und die AfD verteilte an mehreren Infoständen eine Parteipublikation, in denen durch rassistische Stereotype ein Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität hergestellt und dadurch ein Bedrohungsszenario aufgebaut wird. In der BdK fanden Buchvorstellungen mit **ethnopluralistischen**, migrationsfeindlichen und antimuslimisch-rassistischen Inhalten statt. Es wurden 14 Vorfälle mit antiziganistischem Motiv erfasst, d.h. Rassismus gegen Rom*nja und Personen, die als solche gelesen wurden. Dazu zählten die Verwendung einer rassistischen Fremdbeschreibung und antiziganistischer Stereotype, sowie die strukturelle Benachteiligung beim Arzt, auf dem Wohnungsmarkt, durch Arbeitgeber und im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten. 12 Vorfälle waren anti-Schwarz rassistisch motiviert, darunter Schmierereien mit dem N-Wort, Diskriminierungen an Schulen und rassistische Pöbeleien gegen Schwarze Menschen am Zoologischen Garten. Es gab sieben Meldungen von antimuslimischen rassistischen Vorfällen, darunter neben Schmierereien und Aufklebern ein Angriff im Bus, bei dem einer schwangeren Frau geschlagen und am Kopftuch gerissen wurde.

Die gesunkene Gesamtzahl ist also keineswegs als Entwarnung zu deuten. Von Rassismus betroffene Menschen in Charlottenburg-Wilmersdorf sind alltäglich von Benachteiligung, Anfeindungen und Gewalt bedroht.

Ethnopluralismus: Ethnopluralismus ist ein rassistisches Konzept der Neuen Rechten, wonach es verschiedene Völker mit unveränderlichen Eigenschaften gebe, welche nicht miteinander vereinbar seien. Durch die Betonung der vermeintlich „kulturellen“ Unterschiede wird klassischer biologisch begründeter Rassismus verschleiert. Aber Ethnopluralist*innen sind gegen die „Vermischung“ der Kulturen, da diese zur Schwächung der Völker führe und damit immer auch gegen Migration und Vielfalt.

Nach Rassismus hatten die meisten verzeichneten Vorfälle im Bezirk einen **antisemitischen Hintergrund**. Während berlinweit die antisemitischen Vorfälle von 2021 zu 2022 einen Rückgang verzeichneten, sind sie in Charlottenburg-Wilmersdorf auf demselben Niveau geblieben.

Im stadtweiten Vergleich kommt Charlottenburg-Wilmersdorf nach Mitte und Pankow auf dem dritten Rang. Im Bereich der Übergriffe liegt der Bezirk aber mit 16 Bedrohungen und Beleidigungen und drei Angriffen noch vor Pankow. Charlottenburg-Wilmersdorf zeichnet sich durch viele jüdische Einrichtungen und eine aktive jüdische Community aus, welche auf offener Straße, im öffentlichen Nahverkehr und in Gaststätten zur Zielscheibe antisemitischer Anfeindungen und Angriffe werden: Einer israelischen Touristin die hebräisch sprach, wurde ins Gesicht geschlagen. Einer Familie wurde beim Verlassen einer Synagoge „Juden“ zugerufen und der Hitlergruß gezeigt. Und an zwei Charlottenburger Synagogen wurde nachts das Türschloss beschädigt. Auch im direkten Wohnumfeld von Personen kam es zu Vorfällen, bei denen u.a. antisemitische Parolen vom Balkon gebrüllt wurden, sowie ein Nachbar zweimal die Mesusa an der Wohnungstür einer Frau entfernte. Bei den 22 dokumentierten Propagandavorfällen handelte es sich etwa zur Hälfte um antisemitische Verschwörungserzählungen wie den „**Great Reset**“ oder die „**Neue Weltordnung**“. In Wilmersdorf wurde außerdem wiederholt die Parole „Kinderlöcher Israel“ geschmiert, welche die alte antisemitische Ritualmordlegende der Juden, die Kinder töten um deren Blut zu trinken, auf den Staat Israel überträgt. Vor der israelischen Botschaft in Schmaragdendorf wurde bei einer Veranstaltung der

Holocaust verharmlost und eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben, in dem gesagt wurde „die zionistischen Machthaber“ seien noch schlimmer als die „Nazi-Verbrecher“.

Die Bedrohungslage für Jüdinnen_Juden ist in Charlottenburg-Wilmersdorf weiterhin groß und hat auch mit einem Rückgang der verschwörungsideologischen Proteste gegen die Pandemiemaßnahmen nicht abgenommen.

LGBTIQ*-Feindlichkeit ist, wie auch in den berlinweiten Zahlen, angestiegen (2022: 15; 2021: 9). Im Vergleich zu den letzten Jahren wurden 2022 neben den Bedrohungen (3) und Angriffen (2) im öffentlichen Raum auch neue Arten der LGBTIQ*-Feindlichkeit, wie Veranstaltungen und strukturelle Benachteiligungen, dokumentiert. Dies geht einher mit einer inhaltlichen Verschiebung auf das Thema trans, welches viele verschiedene Akteur*innen einte: So war die Ablehnung verschiedener Geschlechter- und Familienmodelle unter dem Deckmantel eines „konservativen Naturverständnisses“ bis hin zur Absprache der Existenz von trans Menschen ein zentrales Thema bei den Veranstaltungen in der Bdk. In einer gynäkologischen Praxis im Bezirk wurden trans Patient*innen strukturell benachteiligt.

Ein Mitglied der AfD Fraktion in der BVV äußerte sich auf Twitter sowie in einer BVV-Sitzung transfeindlich, indem er Transgeschlechtlichkeit auf eine „Moderscheinung“ reduzierte und Argumentationsmuster nutzte, die häufig darauf abzielen, trans Personen den Zugang zu notwendiger (medizinischer) Versorgung zu erschweren oder verhindern. Außerdem hatten 14 zusätzliche Vorfälle mit einem anderen

Hauptmotiv, ebenfalls LGBTIQ*-feindliche Inhalte: Die NPD teilte jeden Monat neben rassistischen und migrationsfeindlichen Posts auch regelmäßig Bilder mit Aufschriften wie „Es gibt nur zwei Geschlechter“ auf Facebook. Hier sind die Grenzen zu **antifeministischen** Positionen fließend, welche sich gegen Errungenschaften oder Bestrebungen des Feminismus, wie gendergerechte Sprache oder reproduktive Selbstbestimmung, richten. Davon wurden 2022 lediglich zwei Vorfälle dokumentiert.

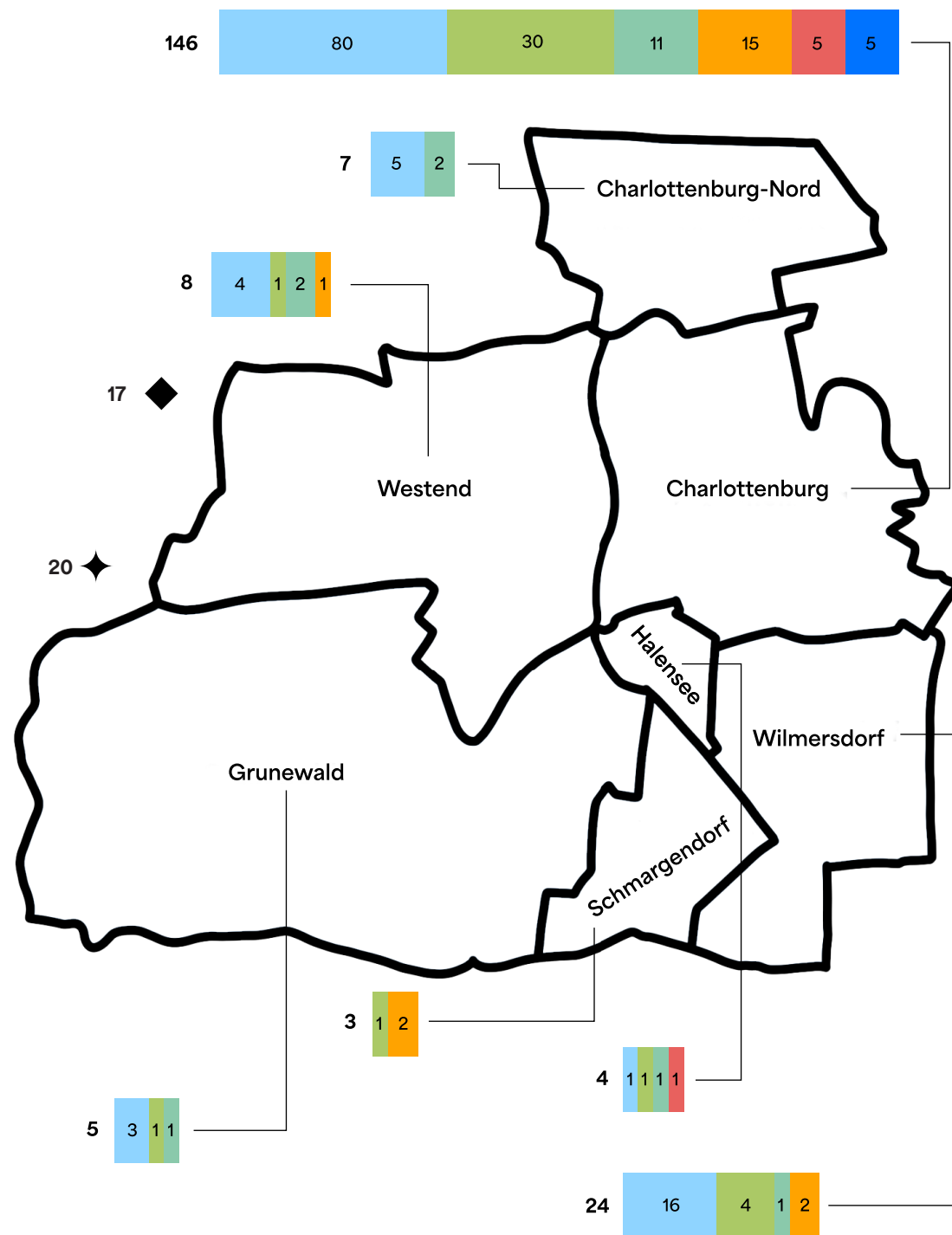
Während im Jahr 2021 die (extrem) **rechte Selbstdarstellung** sehr wenig Vorfälle im Vergleich zu den Vorjahren verzeichnete, ist die Zahl 2022 wieder etwas angestiegen (46). Hierbei handelt es sich vor allem um mehr Propagandavorfälle (43) wie Aufkleber und Sprühereien: Die extrem rechte Gruppierung „Studenten Stehen Auf“ hat viel Propaganda verbreitet, besonders rund um den Campus der Technischen Universität, und sich auch an bezirklichen Montagsdemonstrationen beteiligt. Es gab fünf Veranstaltungen, von denen die meisten als Vernetzung verschiedener (extrem) rechter Akteur*innen fungierten. Vorfälle, die sich gegen die **politischen Gegner*innen** der ex-

tremen Rechten richteten, haben sich halbiert (2022: 12; 2021: 28). Zurückgegangen sind vor allem die Meldungen von Aufklebern extrem rechter Versandhandel, welche sich gegen antifaschistisches Engagement richten und verleumdende Aufkleber gegen demokratische Parteien. Besorgniserregend sind jedoch mehrere Fälle von Bedrohungen politisch aktiver Einzelpersonen aus dem Bezirk auf Aufklebern im Wohnumfeld, sowie über Social Media. Die Angriffe, welche sich 2021 vor allem gegen Journalist*innen bei Corona-Protesten richteten, sind zurückgegangen. Es gab einen Brandanschlag auf das Wahlkreisbüro der Grünen.

Die beiden Motivkategorien, in denen jährlich die wenigsten Vorfälle dokumentiert werden, sind **Behindertenfeindlichkeit** und **Obdachlosenfeindlichkeit**. Im Jahr 2022 sind die Zahlen noch einmal weiter auf jeweils einen Vorfall gesunken. Diese Betroffenenengruppen melden selbst besonders selten Vorfälle und es gibt keine eigenen Beratungs- und Dokumentationsstellen für diese Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Es ist daher von einem sehr großen Dunkelfeld auszugehen.

Great Reset & Neue Weltordnung: Beiden Verschwörungserzählungen liegt die Vorstellung einer „globalen Elite“ zugrunde, deren geheimer Plan es sei, eine überstaatliche Weltregierung zu errichten und die Freiheitsrechte der Menschen abzuschaffen. Das Corona-Virus sei dafür ein Vorwand. Diese Elite ist häufig jüdisch imaginiert, und stehen in der Jahrhunderte alten Tradition des antisemitischen Bildes der Juden als mächtige „Strippenzieher“.

Ortsteile nach Vorfallarten



Charlottenburg - 146

Im Ortsteil Charlottenburg ereignen sich jedes Jahr mit Abstand die meisten extrem rechten und diskriminierenden Vorfälle im Bezirk. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl sogar noch leicht erhöht (2021: 139; 2022: 146). Hier wohnen die meisten Menschen, liegen wichtige Verkehrsknotenpunkte und Einkaufsstraßen. Bei etwas mehr als der Hälfte der Vorfälle handelte es sich um Propaganda (80). Da die Bibliothek des Konservatismus in der Fasanenstraße in Charlottenburg sitzt, wurden die meisten Veranstaltungen (14) im Ortsteil erfasst. Im Bezirksvergleich wurden in Charlottenburg mit 30 Fällen die meisten verbalen Anfeindungen sowie mit 11 Fällen die meisten Angriffe erfasst. Ein großer Teil davon ereignete sich in alltäglichen Situationen auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln oder Läden und Gaststätten. Außerdem gab es vier Anschläge auf verschiedene Büros und Einrichtungen mit Sitz im Ortsteil, bei denen glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Wilmersdorf - 24

Mit 24 dokumentierten Vorfällen in Wilmersdorf folgt der Ortsteil weiterhin an zweiter Stelle nach Charlottenburg, obwohl sich die Zahl im Vergleich zu 2021 halbiert hat (2021: 56). Diese seit Jahren geringste Zahl lässt sich einerseits durch einen starken Rückgang der Meldungen von Propaganda, besonders Aufkleber von extrem rechten Versandhandeln, erklären. Außerdem wurden weitaus weniger rassistische Vorfälle wie Beleidigungen, Angriffe sowie strukturelle Benachteiligungen dokumentiert, was teilweise an fehlenden Daten von Kooperationspartner*innen liegt. Die Anzahl antisemitischer Vorfälle ist etwa gleichgeblieben, es tauchten wiederholt antisemitische Schmierereien rund um die Bahnhöfe Blissestraße und den Fehrbelliner Platz auf.

Westend - 8

Im Juli wurde eine Person in der S-Bahn am Bahnhof Westkreuz antisemitisch beleidigt und mit Schlägen bedroht, im März kam es zu einem antisemitisch motivierten Angriff in der S-Bahn vor dem Bahnhof Pichelsberg. Rund um den Bahnhof Kaiserdamm wurde wiederholt extrem rechte Propaganda entdeckt. In einer Unterkunft für wohnungslose Menschen kam es zu einem rassistisch motivierten Angriff.



Charlottenburg-Nord - 7

In einer S-Bahn in der Nähe des Bahnhofs Jungfernheide wurde ein Mann antisemitisch beleidigt und angegriffen. Eine russischsprechende Familie wurde aus rassistischer Motivation angeschrien und gestoßen. In der Nähe des Jakob-Kaiser-Platzes wurden zweimal antisemitische Schmierereien entdeckt. Die neonazistische Kleinstpartei „Der III. Weg“ warb mit Flugblättern und Aufklebern für sich.

Grunewald - 5

In einem Bus in der Koenigsallee kam es zu einem rassistisch motivierten Angriff. Im Halensee park wurde ein schwules Paar bedroht. In der Havelchaussee sowie auf dem Teufelsberg wurde extrem rechte und antisemitische Propaganda entdeckt, z.B. ein gesprühtes „Q“, welches für die extrem rechte Verschwörungserzählung „Q-Anon“ steht.

Halensee - 4

Im Juli griffen drei Personen einen wohnungslosen Mann an den stillgelegten Bahngleisen zwischen der Rönnestraße und Heilbronner Straße an. Am S-Bahnhof Hohenzollerndamm wurden regelmäßig extrem rechte Aufkleber verklebt.

Schmargendorf - 3

Vor der Botschaft des Staates Israel kam es zu zwei antisemitischen Vorfällen. Bei einer Veranstaltung wurde der Nationalsozialismus verharmlost und eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben, so wie die Erzählung einer angeblichen jüdischen Übermacht verbreitet. Bei einem Infostand verteilte die AfD eine Zeitschrift mit rassistischen Inhalten.

Bezirksweit/Unbekannt - 20

In 12 Fällen handelte es sich um strukturelle Benachteiligung, da diese Fällen zum Schutz der Betroffenen oft anonymisiert werden. Ein Charlottenburg-Wilmersdorfer Wohnungsunternehmen teilte einer Bewerberin telefonisch mit, dass sie keine Ausländer*innen annehmen würden. Eine gynäkologische Praxis verweigerte aus antiziganistischem Motiv einen Termin. Sieben Schulen im Bezirk erhielten Drohbriefe aus dem Spektrum von Corona-Leugner*innen und Reichsbürgern, in denen Lehrkräften mit körperlicher Gewalt und Tod gedroht wurde, falls die Schulen im Winter wieder Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergreifen sollten.

Beispielvorfälle

28. Juni: In der Zillestraße in Charlottenburg wurde ein antifeministischer Aufkleber der „Deutschen Stimme“, der Zeitung der neonazistischen Partei NPD gefunden und entfernt, welcher sich gegen die Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche richtete.
Quelle: Register CW

29. Juni: In der Bibliothek des Konservatismus fand eine Buchvorstellung statt, welche eine Bandbreite an diskriminierenden Inhalten enthielt. In dem vorgestellten wird die sexualisierte Gewalt in Köln an Silvester 2015 instrumentalisiert um rassistische, migrations- und geflüchtetenfeindliche Inhalte zu verbreiten. Geflüchtete Männer werden als Bedrohung für die „deutsche Frau“ inszeniert. Gleichzeitig wird das angebliche Schweigen der Medien und Gesellschaft zu dieser „Gefahr“ kritisiert, was an der kranken Psyche und der schwachen Männlichkeit der „links-grünen“ Gutmenschen liege. Die Lesung enthielt darüber hinaus behindertenfeindliche, LGBTQ*-feindliche, antisemitische, sozialchauvinistische sowie NS-verharmlosende Aussagen und richtete sich gegen das Engagement gegen Rechtsextremismus und Faschismus. Zahlreiche Codes, Chiffren und Metaphern wurden als „Dog Whistles“ genutzt, um humoristisch-satirisch verpackt eine extrem rechte Ideologie zu propagieren.
Quelle: Register CW

1. August: In einem Bus der Linie 186 in Wilmersdorf wurde eine schwangere Frau von einem anderen Fahrgast rassistisch beleidigt und angegriffen. Gegen 13:30 Uhr begann er die Betroffene zu beleidigen und ihr den Mittelfinger zu zeigen, als diese in arabischer Sprache telefonierte. Sie ging daraufhin in die untere Etage des Doppeldeckerbusses, wohin der Täter ihr folgte und ihr ins Gesicht spuckte, ihren Kopf festhielt, sie gegen die Schulter schlug, mit dem Knie in den Bauch stieß und versuchte, ihr das Kopftuch herunterzureißen. Zeug*innen griffen ein und der Busfahrer stellte das Fahrzeug ab und verriegelte die Türen bis zum Eintreffen der Polizei.
Quelle: Polizeimeldung Nr. 1553

4. August: Eine Schwarze Schülerin wird von einer Tutorin an ihrer Schule diskriminiert. Sie wird häufig ohne vorheriges Fehlverhalten getadelt und regelmäßig öffentlich als negatives Beispiel aufgezeigt. Die Unverhältnismäßigkeit spiegelt sich ebenfalls in ihrer Notengebung wieder, was ihren Abschluss gefährdet.
Quelle: Each One Monitoring

24. August: In der S-Bahnlinie 7 wurde auf Höhe des Bahnhofes Zoologischer Garten in einem Waggon mit schwarzem Edding die antimuslimisch-rassistische Parole „Islam raus“ sowie ein Hakenkreuz geschmiert.
Quelle: F_AJOC

18. Dezember: Auf einem Tennisplatz im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wurde ein Paar antiziganistisch beleidigt. Diese Beleidigung wurde zur Anzeige gebracht. Im Prozess stellte sich heraus, dass der Täter Kontakte zur Reichsbürgerszene hat.
Quelle: Amaro Foro e.V.

Angriffschronik

7. und 17. Januar: Auf das Büro einer Initiative mit Sitz in Charlottenburg, welche u.a. verschiedene Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in mehreren afrikanischen Ländern leitet sowie zum Thema Migration arbeitet, wurde geschossen. Dabei wurde die Schaufensterscheibe getroffen und beschädigt, in welcher ein Aushang mit dem Spruch „Black Lives Matter“ hing. Bereits im Monat davor war auf das Büro geschossen worden. Quelle: rOg_agency for open culture and critical transformation gGmbH

16. Januar: Am Abend beleidigte ein Gast des Cafés der Unterkunft für obdachlose Menschen in der Eichenallee einen ehrenamtlichen Mitarbeiter rassistisch. Eine 71-jährige Frau wird mit einem Brotmesser bedroht und gestoßen. Quelle: Polizeimeldung Nr. 0131

10. Februar: Ein 48-jähriger Mann und seine Familie sind gegen 14 Uhr beim Spazierengehen auf dem Kurfürstendamm von einem Mann zunächst rassistisch beleidigt und beschimpft worden. Dann wurde der 48-Jährige von dem Mann am Arm gepackt, geschlagen und geschubst. Bevor der Täter sich entfernte, bespuckte er den Vater. Quelle: Polizeimeldung Nr. 0352

7. März: Gegen 11:20 Uhr wurde eine israelische Touristin in der Nürnberger Straße Nähe des Zoologischen Gartens in Charlottenburg ins Gesicht geschlagen, so dass sie einen Nasenbruch erlitt. Sie habe vorher hebräisch gesprochen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0522, Tagesspiegel vom 9.3. 22

15. März: Eine russisch-orthodoxe Kirche, in welcher auch Geflüchtete aus der Ukraine untergebracht waren, wurde am Vormittag mit Flaschen beworfen, wobei Fensterscheiben beschädigt wurden.

Quelle: Tagesspiegel vom 16.03.2022

19. März: Ein Mann hat in der Nacht mit einer Eisenstange auf das Tor und die Fassade einer Werkstatt in Charlottenburg eingeschlagen. Als der Inhaber darauf aufmerksam wurde, wurde auch dieser angegriffen und leicht am Unterarm verletzt. Grund für die Attacke war eine ukrainische Fahne, welche vor dem Laden angebracht war.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0594

23. März: Während der Fahrt in der S-Bahnlinie 3 zwischen den Bahnhöfen Charlottenburg und Pichelsberg wurde ein 66-jähriger Mann am Nachmittag von einem 23-Jährigen u.a. antisemitisch beleidigt und anschließend angegriffen. Als der Betroffene aufstand, um an der Station Pichelsberg auszusteigen, nahm der Täter ihn in den Schwitzkasten und schlug ihm in die Seite.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0685

26. März: In einem Bus in der Koenigsallee Richtung Hagenplatz in Grunewald kam es zu einem rassistisch motivierten Angriff. Ein Fahrgast beleidigte einen anderen Mitfahrenden zunächst rassistisch und schlug ihm mit dem Schuh, den er sich ausgezogen hatte, auf den Kopf. Quelle: Polizeimeldung Nr. 0672

11. Juni: Es fand ein queerfeindlicher Vorfall statt. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Angaben gemacht.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

30. Juni: Im Ortsteil Charlottenburg-Nord wurde eine russisch-sprechende Familie aus rassistischer Motivation angeschrien und gestoßen.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

2. Juli: Eine Frau, die eine Tasche in den Farben der ukrainischen Flagge trägt, wird in einem Supermarkt von einem russischsprachigen Mann politisch motiviert beleidigt. Ihr Begleiter greift ein und daraufhin von dem unbekanntem Mann geschlagen.

Quelle: ReachOut Berlin

11. Juli: An den stillgelegten Bahngleisen zwischen Rönnestraße und Heilbronner Straße in Halensee wurde ein wohnungsloser Mann von drei Personen angegriffen. Die beiden Männer und eine Frau beklauten, traten und schlugen den 32-Jährigen.

Quelle: BAG-Wohnungslosenhilfe, Berliner Morgenpost 11.07.22

20. Juli: In der U-Bahnlinie 2 auf Höhe des Zoologischen Garten wurde um 21:30 Uhr ein 39-jähriger Mann von einem anderen Fahrgast homofeindlich beleidigt und angegriffen. Der Täter drohte damit, ihn umzubringen und schlug ihm anschließend ins Gesicht, wobei seine Brille getroffen wurde.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1455

1. August: In einem Bus der Linie 186 in Wilmersdorf wurde eine schwangere Frau von einem anderen Fahrgast rassistisch beleidigt, als diese in arabischer Sprache telefonierte. Sie ging daraufhin in die untere Etage des Doppeldeckerbusses, wohin der Täter ihr folgte und ihr ins Gesicht spuckte, ihren Kopf festhielt, sie gegen die Schulter schlug, mit dem Knie in den Bauch stieß und versuchte, ihr das Kopftuch herunterzureißen. Zeug*in-

nen griffen ein und der Busfahrer stellte das Fahrzeug ab und verriegelte die Türen bis zum Eintreffen der Polizei.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1553

17. August: Gegen 0:30 Uhr wurde auf das Wahlkreisbüro der Ministerin Paus und die Geschäftsstelle der Grünen Charlottenburg-Wilmersdorf ein Brandanschlag verübt. In der Nähe des Büros entdeckte ein Mitarbeiter extrem rechte Schmierereien.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1646, Berliner Zeitung 17.08.2022

13. September: In der S-Bahn Linie S41 in der Nähe der Station Jungfernheide in Charlottenburg-Nord wurde ein 33-jähriger Mann von einem anderen Fahrgast antisemitisch beleidigt. Als der Betroffene sich die Beleidigungen verbat, wurde er zunächst von dem Täter am Arm gepackt. Als er diesen wegschob, kam ein zweiter Mann hinzu, beide schlugen den Betroffenen mit Fäusten gegen den Kopf und Oberkörper. Ein Fahrgast ging dazwischen und der Betroffene stieg am S-Bahnhof Wedding aus.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1836, Spiegel.de vom 15.09.2022

29. September: Es fand ein anti-Schwarz rassistischer Vorfall in einer Klinik in Charlottenburg statt.

Quelle: Each One Monitoring

8. Oktober: Am Kurfürstendamm/ Joachimsthaler Straße in Charlottenburg wurde ein 27-jähriger Mann beim Aussteigen aus dem Bus von einem alkoholisierten 39-jährigen Mann geschubst und ins Gesicht geschlagen, wobei er ihn rassistisch beschimpfte.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1947

Unsere Anlaufstellen

Amaro Foro e.V.

Kaiser-Friedrich-Straße 19, 10585
Berlin-Charlottenburg

AStA der Technischen Universität Berlin

Straße des 17. Juni 135, 10623
Berlin-Charlottenburg

Bezirksgeschäftsstelle Die Linke

Behaimstraße 17, 10585
Berlin-Charlottenburg

Fraktionsbüro Die Linke

Otto-Suhr-Allee 100, 10585
Berlin-Charlottenburg

Interkultureller Mädchen- und Frauentreff LiSA

Spandauer Damm 65, 14059
Berlin-Charlottenburg

Interkulturelles Stadtteilzentrum Divan

Nehringstraße 8, 14059
Berlin-Charlottenburg

Jugendklub Schloss19

Schloßstraße 19, 14059
Berlin-Charlottenburg

Kiez Büro Klausenerplatz

Seelingstraße 14, 14059
Berlin-Charlottenburg

Kreisbüro SPD

Otto-Suhr-Allee 100, 10585
Berlin-Charlottenburg

Wahlkreisbüro Petra Vandrey, MdA

Windscheidstraße 16,
10627 Berlin-Charlottenburg

OUTREACH Mobile Jugendarbeit Berlin

Sophie-Charlotten-Straße 30a,
14059 Berlin-Charlottenburg

Partnerschaft für Demokratie - Externe Koordination

Otto-Suhr-Allee 100, 10585
Berlin-Charlottenburg

Zentrum am Zoo

Hardenbergplatz 13, 10623
Berlin-Charlottenburg

Stadtteilzentrum Charlottenburg-Nord

Halemweg 18, 13627
Berlin-Charlottenburg-Nord

City-Station

Joachim-Friedrich-Straße 46, 10711
Berlin-Halensee

GePGeMi e.V.

Trautenaustraße 5, 10717
Berlin-Wilmersdorf

Haus der Nachbarschaft

Straße am Schoelerpark 37,
10715 Berlin-Wilmersdorf

Jugend- und Kulturzentrum Spirale

Westfälische Straße 16a,
10709 Berlin-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro Franziska Becker, MdA

Fechnerstraße 6a, 10717
Berlin-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro Lisa Paus, MdB

Uhlandstraße 79, 10717
Berlin-Wilmersdorf

WERDE AKTIV!

Die Register können nur Vorfälle dokumentieren, die auch gemeldet werden. Deswegen sind wir auf deine offenen Augen und Ohren angewiesen! Melde uns diskriminierende Beobachtungen und Erlebnisse. Dazu zählen u.a. Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen, Veranstaltungen, Kundgebungen, Schmierereien, Aufkleber und Hitlergrüße. Du kannst uns direkt kontaktieren, oder dich an eine unserer Anlaufstellen im Bezirk wenden.



Kontaktiere Uns

E-Mail cw@berliner-register.de

Telefon 0178 918 58 96 (auch Signal & Telegram)

Web www.berliner-register.de/vorfall-melden

Twitter und Instagram @RegisterCW

Impressum
Register Charlottenburg-
Wilmersdorf
SJ – Die Falken Berlin
www.falken-berlin.de
www.berliner-register.de/
charlottenburg-wilmersdorf

Auflage 1. Auflage, April 2023

Erscheinungsort Berlin
Layout Ipek Erdöl
Druck pinguindruck.de

Gefördert durch das
Landesprogramm „Demokratie.
Vielfalt. Respekt. Gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus“ der
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und
Antidiskriminierung.

Die SJ – Die Falken LV Berlin
sind Trägerin des Projekts.

Immer noch ist die Annahme weit verbreitet,
dass es in Charlottenburg-Wilmersdorf kein
Problem mit Rechtsextremismus, Rassismus
oder Antisemitismus gibt – ist das wirklich so?

Im Jahr 2022 hat das Register Charlottenburg-
Wilmersdorf 234 extrem rechte und
diskriminierende Vorfälle erfasst. Menschen
wurden aus rassistischer Motivation beleidigt
und geschlagen, es wurden antisemitische
Sprüche und Hakenkreuze geschmiert.
Menschen wurden beim Arzt, in der Schule
und in Behörden diskriminiert. Homosexuelle
und transgeschlechtliche Menschen wurden
angefeindet und angegriffen. Es wurden
Anschläge auf Büros von Parteien und
Initiativen verübt.

Es sind Vorfälle wie diese, die sich tagtäglich
ereignen und oftmals relativiert und
verharmlost werden. Die Berliner Register
dokumentieren solche Vorfälle, veröffentlichen
sie und werten sie aus. Dadurch wird Alltags-
diskriminierung sichtbar gemacht und die
Sicht der Betroffenen gestärkt. Alle Menschen
können sich an uns wenden, wenn sie extrem
rechte oder diskriminierende Vorfälle erleben
oder beobachten.

Nur so gelingt es uns, konkrete Lebenswelten
abzubilden und Dunkelfelder zu erhellen.

